NACHRICHTEN
Österreich

Österreichs Rentenkrise: Wie lange müssen wir wirklich arbeiten?

Die Wirtschaft in Österreich steht vor Herausforderungen: Rezession, steigende Arbeitslosigkeit und Reformbedarf im Pensionssystem.

Österreich - Die Unsicherheit im österreichischen Pensionssystem wächst, während die Zeichen der wirtschaftlichen Rezession sich verdichten. Wie die Österreichische Nationalbank (OeNB) vor kurzem meldete, wird die Wirtschaftsleistung in Österreich 2024 voraussichtlich um 0,9 Prozent sinken, gefolgt von einem schwachen Wachstum von nur 0,8 Prozent im Jahr 2025. Gleichzeitig warnt OeNB-Gouverneur Robert Holzmann, dass eine Reform des Pensionssystems dringend notwendig ist. Er äußerte im ORF, dass die Delikatesse der Situation erfordert, dass insbesondere die älteren Arbeitnehmer länger im Berufsleben bleiben – möglicherweise bis zu einem Alter von 70 Jahren. Dies wurde als Konsequenz einer steigenden Lebenserwartung hervorgehoben, die den aktuellen Pensionszeitraum unter Druck setzt.

Umfassende Reformen gefordert

In einem scharfen Bericht des Rechnungshofs wird das Fehlen einer klaren Strategie zur Finanzierbarkeit des Pensionssystems kritisiert. Die Alterssicherungskommission, die für die langfristige Analyse verantwortlich ist, agiert seit über zwei Jahren ohne Vorsitz und versäumt es, notwendige Reformmaßnahmen vorzuschlagen. „Es fehlen klare Kriterien, um beurteilen zu können, ob das Pensionssystem nachhaltig ist“, so die Prüfer. Diese Unsicherheiten stehen im Widerspruch

zur steigenden Lebenserwartung und der Notwendigkeit, das Pensionsantrittsalter an zukünftige demografische Entwicklungen anzupassen, da prognostiziert wird, dass das effektive Pensionsantrittsalter ab Mitte der 2030er Jahre stagnieren wird, trotz ansteigender Lebenserwartung.

Zusätzlich wird in der Kritik angeführt, dass die Anpassung der Pensionen unzureichend und ineffektiv war. Der Rechnungshof stellt fest, dass die finanziellen Belastungen durch Änderungen im Pensionsrecht zwischen 2005 und 2022 erheblich gestiegen sind, ohne dass transparente Informationen über die finanziellen Konsequenzen bereitgestellt wurden. Angesichts der bevorstehenden Pensionserhöhung um 9,7 Prozent, die die Teuerung abdeckt, sowie der anfallenden Kosten von 5,3 Milliarden Euro, wird die Dringlichkeit eines Handlungsplans zur Sicherung des Pensionssystems deutlich, um die finanzielle Belastung für künftige Generationen zu minimieren. Wie die die Presse berichtet, ist die Zukunft des österreichischen Pensionssystems ungewiss, wenn hierbei keine grundlegenden Fragen zur Struktur und Finanzierung geklärt werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• **www.heute.at** • **www.diepresse.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at